

„Sichere“ Aufbewahrung von Waffen – Der geheime Plan dahinter –

Von David Kopel (ca. 1997)

Verantwortungsbewusste Waffenbesitzer lagern ihre Waffen sicher. Seit mehr als einem Jahrhundert haben die National Rifle Association und andere Bürgerinitiativen alles getan, um die sichere Aufbewahrung von Waffen zu fördern.

Das ist ein Grund, warum die Zahl der tödlichen Unfälle mit Waffen sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen auf ein Allzeittief gesunken ist. Trotz dieser Tatsache arbeiten waffenfeindliche Politiker und Gruppierungen daran, die „sichere Aufbewahrung“ in ein Werkzeug zur Entwaffnung aller Amerikaner zu verwandeln.

Waffenbesitzer, die denken, sie hätten nichts zu befürchten, wenn die Regierung die Aufbewahrung von Waffen übernimmt, sollten nach Kanada und Großbritannien schauen. Dort haben es apathische Waffenbesitzer zugelassen, dass die „sichere Aufbewahrung“ zur Grundlage wurde für die Abschaffung des Waffenbesitzes zur Verteidigung von Haus und Hof, für das Eindringen in die Privatsphäre und Häuser von Waffenbesitzern und sogar um den bloßen Besitz von Waffen in Frage zu stellen.

Großbritannien

Britische Waffenbesitzer haben eine lange Tradition, Regierungsvorschlägen, die eine „vernünftige“ Einschränkung ihrer Rechte beinhalten, zuzustimmen. Aber viele Briten haben zu spät erkannt, dass eine Einschränkung, die auf dem Papier vernünftig erscheint, in der Praxis ziemlich unvernünftig werden kann.

Das britische Gesetz schreibt lediglich vor, dass Waffen an einem „sicheren Ort“ aufbewahrt werden müssen. Aber Großbritannien hat ein nationales Genehmigungssystem für Waffen, ähnlich dem amerikanischen System wie es von Sarah Bradys Handgun Control, Inc.¹ vorgeschlagen wird. Da die meisten Verantwortlichen in der britischen Polizei vehement gegen den privaten Waffenbesitz sind, nutzen sie das Aufbewahrungsgesetz, um den Erwerb einer waffenrechtlichen Erlaubnis so beschwerlich wie möglich zu machen.

Ein Effekt der hohen Kosten für die Sicherheit ist es, die Fähigkeit von Menschen mit mittlerem Einkommen oder armen Menschen zu verringern, legal Waffen zu besitzen, was auch geschichtlich gesehen stets ein Ziel der Befürworter von Waffenkontrolle war. Natürlich macht es die Vorschrift, dass Waffen in Tresoren eingeschlossen werden müssen, fast unmöglich, eine Waffe zum Schutz von Haus und Hof zu verwenden, und die britische Polizeiführung verachtet die Idee von Waffenbesitz zur Selbstverteidigung.

¹ Eine der größten und wichtigsten Antiwaffenorganisationen in den Vereinigten Staaten (Anm. d. Übers.).

Die Vorschrift, dass Waffenbesitzer Tresore kaufen müssen, wurde vom britischen Parlament nie demokratisch verfügt. Vielmehr wurde die Vorschrift von Polizeibehörden erfunden, die richtig erkannten, dass jedes System, das eine staatliche Erlaubnis zum Kauf einer Waffe erfordert, von waffenfeindlichen Behörden manipuliert werden kann. (In ähnlicher Weise haben Polizeibehörden in den Vereinigten Staaten das Brady-Gesetz benutzt, um Tausenden von Menschen mit unbezahlten Strafzetteln oder anderen Bagatelldelikten den Kauf von Kurz Waffen zu verweigern. Das Brady-Gesetz erlaubt solche Missbräuche nicht offiziell, aber dadurch, dass das Gesetz eine staatliche Genehmigung für den Erwerb von Kurz Waffen verlangt, sind solche Missbräuche vorprogrammiert.

Kanada

In Kanada verbietet das Strafgesetzbuch die „nachlässige“ Aufbewahrung einer Schusswaffe und gibt der Regierung die Befugnis, Aufbewahrungsvorschriften zu erlassen. Was bedeutet dies in der Praxis? Betrachten wir einige Fälle aus den Jahren 1996 und 1997:

Ein Ehemann hörte nachts verdächtige Geräusche, vielleicht von einem Einbrecher, und nahm sein ungeladenes Gewehr mit, als er sich in seinem Haus umsah. Ein paar Tage später erzählte die Ehefrau einem Freund von dem Vorfall. Der Freund war entsetzt und rief die Polizei.

Die Polizei kam zum Haus des Ehepaars und verschaffte sich gewaltsam Zutritt. Bei der Durchsuchung des Hauses fanden sie das ungeladene Gewehr unter einer Matratze im Schlafzimmer. In dem Haus lebten keine Kinder. Das Ehepaar wurde wegen unsachgemäßer Aufbewahrung einer Schusswaffe angeklagt.

Eine 67-jährige alleinstehende Frau betrieb eine kleine Pension in Ontario. Ein Mieter im Erdgeschoss begann sie zu belästigen und zu stalken. Aus Sorge, dass die Frau eine Bedrohung für den Mieter darstellen könnte, durchsuchte die Polizei ihre Wohnung und fand mehrere ungeladene Schusswaffen in ihren Schränken. Sie wurde wegen Aufbewahrung einer Schusswaffe unter Verletzung der staatlichen Vorschriften verurteilt. Sie hatte die Schule besucht und eine Ausbildung zur Rechtsanwaltsgehilfin absolviert, aber durch die Verurteilung ist sie von einer Anstellung im juristischen Bereich ausgeschlossen.

Kürzlich rief eine 72-jährige Frau in Winnipeg ein Krankenhaus an und bat darum, dass eine Gemeindeschwester vorbeikommt und ihr bei der Einnahme einiger Medikamente hilft. Jemand vom Krankenhaus fragte, ob die Frau irgendwelche Schusswaffen im Haus habe. „Ja“, antwortete sie, „mein Mann hat ein paar alte Jagdgewehre unten im Hobbykeller.“

Die Polizei kam sofort und begann, das Haus zu durchsuchen. Sie fanden mehrere Langwaffen, alle mit Waffenschloss und an einem Gewehrständer im Keller angeschlossen. Außerdem fanden sie eine Pistole vom Kaliber .25, die in einem Schlafzimmerschrank ein-

geschlossen war, den sie aufgebrochen hatten.

Als der 73-jährige Ehemann mitten in der Durchsuchung nach Hause kam, wurden ihm sofort Handschellen angelegt und er wurde beschuldigt, gewalttätig zu sein. Abgesehen von der Tatsache, dass er Waffen besaß, gab es keine Beweise, dass er gewalttätig war. (Seine Nachbarn unterschrieben später Erklärungen, in denen sie sagten, dass sie ihn seit Jahren kennen und er immer friedlich gewesen sei.) Schließlich nahm die Polizei die Handschellen ab und erklärte dem Mann, er sei nie verhaftet worden.

Waffenaufbewahrungsgesetze bieten der Polizei manchmal ein Mittel, um unverschämte schlechte Polizeiarbeit zu rechtfertigen. In Medicine Hat, Alberta, versuchte ein Krimineller, gegen den eine Anklage anhängig war, Milde für sich zu erlangen, indem er behauptete, ein Mann namens Larry Davies sei ein Marihuana-Dealer, der über ein Pfund in seinem Haus habe. Die Polizei von Medicine Hat unternahm nichts, um die Behauptung des Informanten zu überprüfen, außer die Adresse von Larry Davies im Telefonbuch nachzuschlagen.

Das SWAT-Team, das an diesem Tag offenbar nichts anderes zu tun hatte, brach in das Haus der Davies ein und zwang Larry Davies und drei Freunde auf den Boden, wobei sie ihnen Maschinenpistolen an den Kopf hielten. Eine Durchsuchung des Hauses ergab: Frau Davies und ihr neugeborenes Baby, die an diesem Tag aus dem Krankenhaus nach Hause gekommen waren; vier Gramm Marihuana (mit einem Gewicht von weniger als einem US-amerikanischen 25-Cent-Stück); und ein zerlegtes FN/FAL-Gewehr in einem Schrank im Keller.

Offenbar peinlich berührt, aber nicht reumütig über die schlampige Vorgehensweise der Polizei und die rücksichtslose Gewaltanwendung, klagte die Regierung Herrn Davies wegen unsicherer Aufbewahrung einer Schusswaffe an. Glücklicherweise wies ein Richter die Anklage ab und stellte fest, dass das, was Herr Davies getan hatte, viel weniger eine Bedrohung für die Gesellschaft darstellte als das, was die Polizei getan hatte.

Und kanadische Gerichte haben manchmal andere missbräuchliche Strafverfolgungen im Zusammenhang mit Waffenaufbewahrungsgesetzen gestoppt. Aber selbst dann muss das Opfer der missbräuchlichen Strafverfolgung Tausende von Dollar an Verfahrenskosten aufbringen, um einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren zu entgehen.

Wie David Tomlinson, Präsident der kanadischen National Firearms Association, betont, sind Waffenaufbewahrungsgesetze ohne stichprobenartige polizeiliche Durchsuchungen der Wohnung nicht durchsetzbar. Kanadas neuestes Waffengesetz, das nächstes Jahr in Kraft tritt, gibt der Polizei die Befugnis, Privathäuser zu „inspizieren“, um sicherzustellen, dass die Waffenaufbewahrungsgesetze eingehalten werden.

Waffenaufbewahrungsgesetze sind wie Gesetze, die Ehepaaren die Verwendung von Verhütungsmitteln verbieten: Sie sind nicht durchsetzbar, ohne dass die Regierung massiv

in die Unverletzlichkeit der Wohnung eingreift. Im Jahr 1965 hat der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten ein Verbot von Geburtenkontrolle aus genau diesem Grund verworfen (Griswold v. Connecticut, 381 U.S. 479 (1965)). Aus demselben Grund sollten Gesetzgeber und Bürger, die die Privatsphäre schützen wollen, es ablehnen, die Regierung zum Vollstrecker der häuslichen Waffenaufbewahrung zu machen.

In kleinen Schritten

Waffenverbote kommen fast immer in kleinen Schritten. Beschränkungen, die unerhört erschienen wären, wenn sie eigenständig vorgeschlagen würden, können „vernünftig“ erscheinen, wenn sie lediglich bestehende Beschränkungen um ein paar Schritte erweitern.

Gesetze über die Lagerung von Waffen sind ... nicht durchsetzbar ohne massive Eingriffe der Regierung in die Unverletzlichkeit der Wohnung.

In Kanada haben Prohibitionisten, wie z.B. der damalige Justizminister Alan Rock, Aufbewahrungsgesetze als Rechtfertigung für die Durchsetzung einer allgemeinen Waffenregistrierung benutzt, da die Registrierung „ein Verantwortungsbewusstsein auf Seiten der Waffenbesitzer schaffen wird, die geltenden Gesetze zur sicheren Aufbewahrung einzuhalten“.

Als nächsten Schritt haben die Waffengegner in Kanada begonnen, die zentrale Lagerung [„community storage“] zu fordern. Anstatt Ihre Waffen in einem Safe in Ihrem Haus aufzubewahren, müssten Sie Ihre Waffen in einer Polizeistation aufbewahren. Wenn Sie Ihre Waffe für einen Tag benutzen wollen, können Sie sie in der Polizeistation auschecken.

Die Anti-Waffen-Gruppen weisen darauf hin, dass eine Waffe im Haus gestohlen oder bei einem häuslichen Vorfall missbraucht werden könnte. Sie argumentieren, dass es keinen Grund gibt, Waffen 365 Tage im Jahr zu Hause aufzubewahren, wenn die Waffe vielleicht nur ein paar Tage im Jahr benutzt wird.

Um den Waffengegnern etwas entgegenzusetzen, können die Waffenbesitzer in Kanada schwerlich argumentieren, dass die Wegnahme der Waffen aus den Häusern es unmöglich macht, Waffen für die Heimverteidigung zu verwenden. Sie haben das moralische Argument Selbstverteidigung schon vor Jahren aufgegeben, indem sie sagten, Waffenbesitz sei für sportliche Zwecke gerechtfertigt sei, wobei sie nicht wagten geltend zu machen, dass Waffenbesitz auch für Verteidigungszwecke gerechtfertigt ist. Und indem sie den Gesetzen zur „sicheren Aufbewahrung“ zustimmten, gaben die kanadischen Waffenbesitzer die Möglichkeit auf, im Notfall eine Waffe zur Selbstverteidigung zu benutzen.

Da sie bereits so viel Terrain preisgegeben haben, sind die kanadischen Waffenbesitzer darauf beschränkt, auf Nebenkriegsschauplätzen zu argumentieren, wie zum Beispiel, dass ein zentralisiertes Waffenlager anfälliger für Diebstahl sein könnte.

Selbst ein Zugeständnis in der Frage der zentralen Aufbewahrung wird den Waffenbesitzern nichts nützen. Im Jahr 1996 verbot das britische Parlament fast alle Kurzwaffen, erlaubte aber den Besitzern von einschüssigen .22er-Waffen, diese in zentralen Lagern auf Schießständen unter Verschluss zu halten. Die neuen Beschränkungen stillten den Appetit der britischen Anti-Waffen-Lobby nur für kurze Zeit. Im Jahr 1997 wurde die gemeinschaftliche Aufbewahrung durch ihre logische Konsequenz, das vollständige Verbot aller Kurzwaffen, ersetzt.

Die Zukunft

Wer kann glauben, dass das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, die zentrale Aufbewahrung überleben wird, wenn Waffenbesitzer Regierungsbürokraten um Erlaubnis bitten müssen, um Zugang zu ihren eigenen Waffen zu erhalten? Wer kann schon glauben, dass die amerikanische Anti-Waffen-Lobby, die so konsequent die Programme ihrer ausländischen Vorbilder imitiert, nicht anfangen wird, die zentrale Aufbewahrung zu fordern, wenn sie erst einmal mit Gesetzen zur „sicheren Lagerung“ das Fundament gelegt hat?

Eine sichere Aufbewahrung von Waffen ist die Pflicht eines jeden Waffenbesitzers. Was Sicherheit ausmacht, hängt sehr stark von den individuellen Umständen ab. Sicherheit ist und war schon immer das Anliegen von Organisationen wie der National Rifle Association. In den Händen von Anti-Waffen-Lobbys und Regierungsbürokraten wird „sichere Aufbewahrung“ jedoch zu einem orwellschen Begriff, mit dem man die vielen Sicherheitsvorteile des Rechts, Waffen zu tragen, leugnet. Die Sicherheit des eigenen Heims liegt in der Verantwortung der Familie, nicht in der des Staates.

Quellen:

Ein Teil des in diesem Artikel verwendeten Materials stammt aus David B. Kopels preisgekröntem Buch [The Samurai, the Mountie, and the Cowboy: Should America Adopt the Gun Control Policies of Other Democracies?](#) (Amherst, N.Y.: Prometheus Books). Umfangreiche Informationen über Kanadas repressive Waffengesetze sind im weltweiten Netz unter <https://nfa.ca/> (National Firearms Association of Canada) und <https://www.canfirearms.ca/> (Canadian Firearms Digest) verfügbar.

Das amerikanische Original dieses Aufsatzes erschien unter dem Titel „The Hidden Agenda Behind Gun Storage Laws“ und ist hier abrufbar: <https://davekopel.org/2A/Mags/hidden-agenda-behind-gun-storage.htm>